

FDPLiberales
FraktionFDP-Liberale Fraktion
der Bundesversammlung
Neuengasse 20
Postfach
CH-3001 Bern +41 (0)31 320 35 35
 www.fdp.ch
 info@fdp.ch
 /fdp.dieliberalen
 @FDP_Liberalen

Sessionsbericht – Sondersession Oktober 2020

Rapport de session – Session spéciale octobre 2020

29. Oktober bis 30. Oktober 2020

Von Michael Mandl, Fraktionssekretär

Session Nr. 5 2020: Check

Auch die fünfte Session im Jahr 2020, bzw. in der Zeitrechnung von Corona das Jahr 1, stimmte in die gleiche Hymne wie die bisherigen ein. Unter diesen besonderen Umständen sucht das Parlament laufend neue Lösungen, um die notleidende Bevölkerung und Wirtschaft zu unterstützen. Dass dies unter den neuen Mehrheitsverhältnissen im Nationalrat mehr schlecht als recht geschieht, ist leider wenig überraschend. Es hilft dabei nicht, dass die «Mitte»-Fraktion sich in ihrer neuen bzw. alten Funktion als Mehrheitsbeschafferin noch nicht wirklich zurechtgefunden hat. So überrascht es wenig, dass am Schluss auf ein Covid-Geschäftsmietengesetz eingetreten wurde (notabene mit nur zwei Stimmen Unterschied), weil sich die geteilte Mitte-Fraktion über ganz grundlegende Rechte unserer Verfassung wie das Eigentumsrecht, die Wirtschaftsfreiheit etc. nicht einig war. Ähnlich knapp gingen wichtige Abstimmungen im Solidarbürgerschaftsgesetz verloren, weil die «bürgerlichen» Fraktionen nicht geschlossen agierten. Das muss uns für den weiteren Verlauf dieser Legislatur bezüglich der Zusammenarbeit mit unseren Partnern im Nationalrat noch zu denken geben.

Aber in einem Zweikammersystem sollte man nie die Korrekturmöglichkeiten für die Entscheide dieser Sondersession im Nationalrat unterschätzen. Und so wird die Wintersession, die bereits in vier Wochen beginnt, entscheidend sein für die weiteren Massnahmen zur Bekämpfung der Corona-Krise. Zum guten Glück sind aber auch noch andere zentrale Vorlagen eingeplant, wie z.B. die AHV 21, die nichts mit Corona zu tun haben und für die Schweiz und ihre Institutionen absolut zentral sind. Somit ist dieser Sessionsbericht eher ein kleiner Zwischenstopp von der Session Nr. 5 auf dem Weg zur Session Nr. 6 in diesem äusserst speziellen Jahr. Bleibt gesund!

1. Solidarbürgschaftsgesetz im Nationalrat erweitert

Der Nationalrat hat dem Bundesgesetz über Kredite mit Solidarbürgschaft infolge des Coronavirus in der Gesamtabstimmung sehr klar mit 182 zu 0 bei drei Enthaltungen zugestimmt. Über 135'000 Unternehmen sind solche Kreditvereinbarungen eingegangen. In welcher Höhe die Covid-Bürgschaftskredite den Bundeshaushalt schlussendlich tatsächlich belasten werden, ist jedoch erst nach zehn Jahren klar. Der Nationalrat schlägt in drei zentralen Punkten Änderungen im Vergleich zur bundesrätlichen Vorlage vor.

Erstens soll die reguläre Rückzahlungsfrist von fünf auf acht Jahre verlängert werden. Für diese Verlängerung sprach sich der Nationalrat mit 105 zu 78 Stimmen bei drei Enthaltungen aus. Die FDP hatte sich mehrheitlich für die bundesrätliche Version ausgesprochen, welche nebst einer fünfjährigen ordentlichen Lauffrist bereits eine Verlängerung auf 10 Jahre vorsehen würde.

Zweitens entschied der Nationalrat auch bei den Dividenden anders als der Bundesrat. Unternehmen, die von diesen Covid-Krediten profitieren, können heute zwar Dividenden und Tantiemen beschliessen, sie dürfen diese aber nicht ausbezahlen. Der Nationalrat ist mit 124 zu 62 Stimmen nun einem Vorschlag der vorberatenden Kommission gefolgt, der verlangt, dass Dividenden und Tantiemen auch nicht beschlossen werden dürfen, weil diese dann als Forderungen in den Abrechnungen erscheinen. Die FDP hatte auch in diesem Punkt mehrheitlich auf Linie des Bundesrates abgestimmt. Ein Antrag der Grünen Nationalrätin Franziska Ryser (SG), der verlangte, dass auch keine Boni an Verwaltungsräte und Geschäftsleitung beschlossen und ausbezahlt werden dürfen, lehnte der Nationalrat hingegen mit 124 zu 62 Stimmen ab. Die FDP unterstützt, dass in diesem Bereich kein pauschales Verbot gesprochen wird, sondern den Firmen überlassen wird mit Augenmass und Sensibilität Lohnzuschläge zu sprechen.

Drittens beschloss der Nationalrat auch beim Zinssatz Änderungen. Der Bundesrat sah vor, dass dieser per 31. März 2021 an die Marktentwicklungen angepasst wird, bis dann sollte er zinslos sein. Der Nationalrat hat nun äusserst knapp mit 90 zu 89 Stimmen bei vier Enthaltungen entschieden, dass die Kredite bis am 31. März 2028 zinslos bleiben sollen. Solange Kredite innerhalb der regulären Frist ohne Härtefallregelung zurückbezahlt werden, sollen die Kredite also zinslos sein. Die FDP stimmte in diesem Punkt mehrheitlich für die Version des Bundesrates, da zu erwarten ist, dass die Zinsen tief bleiben werden. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.

2. Das Covid-19-Geschäftsmietegesetz geht in die nächste Runde

Beim Covid-19-Geschäftsmietegesetz geht es um Betriebe, die aufgrund der Schutzmassnahmen des Bundes im Frühling während zwei Monaten schliessen mussten. Ihnen soll für diesen Zeitraum ein Mietzinserslass im Umfang von 60% gewährt werden – zulasten der Vermieter. Diese müssen den resultierenden Mietzinsausfall tragen. Das Gesetz geht auf zwei gleichlautende Kommissionsmotionen der WAK-N und der WAK-S zurück. Der Bundesrat hatte die Motionen zur Ablehnung empfohlen. Die beiden Räte stimmten ihnen aber an der Sommersession knapp zu.

Die FDP hatte sich bereits gegen diese beiden Motionen gewehrt. Unter Federführung der FDP gelang es sodann in der vorberatenden Rechtskommission eine Mehrheit für ein Nichteintreten auf das Gesetz zu erreichen. Anders als in der Kommission konnte sich in der grossen Kammer die bürgerliche Mehrheit aber nicht durchsetzen. Die Fraktionen von FDP und SVP stimmten zwar geschlossen für ein Nichteintreten auf die Vorlage. Das Zünglein an der Waage spielte aber die gespaltene Mitte-Fraktion. Zusammen mit den Stimmen der geschlossenen Linken sowie der GLP ergab sich mit 91 zu 89 Stimmen bei 4 Enthaltungen ein knappes Ja für ein Eintreten. Die Vorlage geht darum bereits diese Woche zur Detailberatung zurück in die Rechtskommission des Nationalrats, damit in der Wintersession die Beratung durchgeführt werden kann.

Die FDP lehnt das Covid-19-Geschäftsmietegesetz aus mehreren Gründen ab. Erstens wirft sie Tausende unterschiedliche Mietverhältnisse in einen Topf, völlig unabhängig von der finanziellen Situation der Mieter – und von den Möglichkeiten und der Struktur der Vermieter. Ihre Kosten laufen unvermindert weiter, und oftmals handelt es sich um kleine Anleger. Kommt hinzu, dass KMU, welche

ihren Betrieb in der eigenen Liegenschaft führen, nicht berücksichtigt werden. Zweitens konnten für die meisten Fälle bereits einvernehmliche Lösungen zwischen Mieter und Vermieter gefunden werden, wie ein Bericht des Bundesrats kürzlich aufgezeigt hat. Drittens verletzt sie durch ihre Rückwirkung die Rechtssicherheit und greift massiv und in unverhältnismässiger Weise in die Vertragsfreiheit und damit in die Wirtschaftsfreiheit sowie in die Eigentumsgarantie ein.

3. Mesures contre la hausse des coûts de la santé

Le National s'est attaqué au volet 1b des mesures visant à freiner la hausse des coûts. Ce paquet comprend trois mesures relativement complexes et délicates d'un point politique.

- › Dans le domaine des **médicaments**, le Conseil fédéral proposait d'introduire un système de prix de référence applicable aux médicaments dont le brevet a expiré. Au moins trois médicaments contenant la même substance active devraient coexister sur le marché. Le prix aurait été fixé en fonction du prix à l'étranger et du volume du marché de la préparation d'origine. L'assurance obligatoire n'aurait remboursé que ce prix. Si un médicament plus cher est délivré, l'assuré aurait dû payer la différence. Ce système permettrait d'économiser 300 à 500 millions de francs par an, toujours selon le Conseil fédéral. Une large majorité du Conseil national, dont faisait partie le groupe libéral-radical, a préféré faire baisser les coûts de la santé rapidement grâce à diverses mesures. Elle a tacitement adopté une motion visant à augmenter la part relative des génériques. Le National veut également éliminer les incitatifs négatifs qui poussent les pharmaciens à vendre le médicament le plus cher et donc inciter à la remise de médicaments plus avantageux. Ils seront autorisés à remettre le médicament le plus avantageux lorsque plusieurs produits ont la même composition, à condition qu'il soit adéquat. Les prestations des pharmaciens doivent également contribuer à la baisse des coûts. Une reconnaissance claire de leurs soins de prestations par l'assurance obligatoire pourrait constituer un réel potentiel d'économies. Le National a soutenu à la quasi-unanimité une motion de commission en ce sens. Enfin, l'importation parallèle de ces médicaments sera autorisée. Les génériques ne seront pas soumis à une autorisation de mise sur le marché.
- › Les députés, groupe libéral-radical compris, ont refusé à une courte majorité de prévoir des **mesures de gestion des coûts** dans ce volet. Cette disposition doit être traitée dans le deuxième paquet de mesures. Le PLR l'a rejetée non pas sur la forme, mais sur le principe.
- › Enfin, le National a refusé le principe du **recours contre la planification hospitalière** des cantons que le Conseil fédéral veut accorder aux assureurs. Le groupe libéral-radical était partagé sur cette question.

Par ailleurs, le Conseil national a introduit une nouvelle disposition prévoyant que les assureurs et fournisseurs de prestations doivent pouvoir convenir à tout moment de rabais par rapport aux prix fixés dans les conventions tarifaires ou par les autorités. Trois quarts des économies ainsi visées doivent profiter aux assurés sous la forme de réduction de prime notamment. Le quart restant serait à la libre disposition de l'assurance. Seule la gauche s'est opposée à cette mesure qui permettrait enfin de faire jouer la concurrence dans le domaine de la santé. L'objet sera traité aux Etats durant le premier trimestre de 2021. Le volet 1a a déjà été traité par les deux chambres.

4. Geschäfte des Nationalrats

Lobbyismus im Parlament: Der Nationalrat hat über eine Vorlage beraten, die eine klarere Regulierung der Lobbytätigkeiten im Parlamentsgebäude bezweckt. Das Hauptanliegen der Vorlage ist, dass die zwei Badges der Parlamentsmitglieder nicht mehr an Lobbyisten verteilt werden dürfen, sondern nur noch an einen persönlichen Mitarbeiter oder an ein Familienmitglied. Lobbyisten dürfen nur noch via Tages Zutritt ins Gebäude und müssen wie bisher ihre Arbeitgeber sowie neu auch ihre Auftraggeber offenlegen. Die FDP begrüsst diese Änderung grösstenteils. Nachdem die Linke die Vorlage zuerst mit sachfremden Anliegen aufgeblasen hat, erlag sie ironischerweise kurz vor der Ratsdebatte dem Lobbying der

Lobbyisten und lehnte das Kernstück dieser Lobby-Vorlage (keine Parlamentarier-Badges für Lobbyisten) ab, resp. stimmte für den Status Quo. Die Parlamentsmehrheit inkl. FDP lehnte das Gesetz letzten Endes ab, da es in dieser Form ein reiner Papiertiger ist. Die Vorlage ist damit erledigt, weil sie zum zweiten Mal im Nationalrat abgelehnt wurde.

Nachhaltige Finanzprodukte: Kapitalanlageprodukte, die eine nachhaltige, umweltverträgliche Entwicklung fördern ("Green Finance") sollen nicht von der Verrechnungs- und der Stempelsteuer befreit werden. Der Nationalrat hat eine Motion von SR Ruedi Noser mit 139 zu 40 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Für die FDP zeigt diese Abstimmung die Doppelmoral von Links-Grün: zwar bei jeder sich bietenden Gelegenheit einen nachhaltigen Finanzplatz fordern, aber diese konkrete Förderungsmassnahme ablehnen.

Einkaufstourismus: Der Nationalrat will den Einkaufstourismus bremsen. Er hat am Freitag mit 115 zu 54 Stimmen bei 10 Enthaltungen einer entsprechenden Motion seiner Finanzkommission (FK-N) zugestimmt. Dieser geht nun an den Ständerat. Konkret verlangt der Vorstoss, den Mindestbetrag herabzusetzen, bis zu dem für Einkäufe im Ausland keine Mehrwertsteuer bezahlt werden muss. Die Gesetzesvorlage soll die technischen Möglichkeiten wie etwa die Smartphone-App "Quickzoll" berücksichtigen. Die FDP unterstützte den Vorstoss. Dies auch als Kompromiss zur Forderung der Kantone Thurgau und St. Gallen, welche eine gesamthafte Abschaffung der Wertfreigrenze auf privaten Wareneinfuhren fordern. Diese Standesinitiative fanden trotzdem ebenfalls eine Mehrheit im Rat und sind somit noch nicht vom Tisch.

Pas de compte d'épargne «soins»: Le National a rejeté (99:74) une motion PLR visant à donner la possibilité d'ouvrir un compte épargne-soins ([18.4180](#)). Il s'agit d'une occasion ratée de renforcer la responsabilité individuelle dans ce domaine, de freiner la hausse rapide du volume des prestations complémentaires, et d'assurer le financement des soins longue durée. Que la gauche s'oppose à cet instrument n'étonne guère. Que le PDC et les Verts Libéraux le fassent également, laisse en revanche songeur. Le blog « [Sicherheit im Alter dank Pflegekonto](#) », de la CN Regine Sauter, détaille la proposition faite par le groupe libéral-radical.

Plus de concurrence dans le domaine hospitalier : Les patients qui choisissent un hôpital avantageux économiquement devraient être récompensés. Le National a adopté (93:87) une motion du PLR en ce sens ([18.4181](#)). Aujourd'hui, il n'existe aucune incitation à se faire soigner dans un hôpital dont les prestations sont meilleur marché. Si le patient y trouvait un avantage financier sur sa prime ou sa participation aux coûts, ou alors s'il était directement récompensé financièrement, cela renforcerait la concurrence et pousserait les hôpitaux à être plus efficaces.

5. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

[20.4285](#) **Postulat Groupe Libéral-Radical (Orateur NR Philippe Nantermod). Formation professionnelle et égalité. Donner le goût et la capacité d'entreprendre à toutes et tous, dans toutes les branches**

Texte

Le Conseil fédéral est invité à comparer le contenu des programmes de formation approuvés par la Confédération (ES, HES, etc.). Il devra analyser la question de l'importance accordée à l'entrepreneuriat (développement des compétences de management, gestion d'équipe, comptabilité, etc.), en particulier entre les professions traditionnellement masculines et féminines. Le Conseil fédéral est invité par ailleurs à proposer des solutions pour que toutes les formations offrent une importance équivalente à ces questions entrepreneuriales.